

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 6 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,- RM. Einzelnummern 10 Pf. Alle Bestellungen, nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Betriebsstörungen behält sich die Redaktion das Recht vor, den Druck zu verschieben. Rückporto ist zu zahlen.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Verlagspreis: die 8 gespaltene Raumzeile 20 Pf., die 4 gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennige, die 2 gespaltene Raumzeile im textlichen Teile 1 RM. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. „Gespaltene“ Raumzeile, nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Betriebsstörungen behält sich die Redaktion das Recht vor, den Druck zu verschieben. Rückporto ist zu zahlen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 285 — 92. Jahrgang

Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“

Wilsdruff-Dresden

Postfach: Dresden 2640

Donnerstag, den 7. Dezember 1933

Männer, nicht Konferenzen!

Wenn jetzt der große faschistische Rat in Übereinstimmung mit seinem Führer Mussolini beschlossen hat, das weitere Verbleiben Italiens im Völkerbund abhängig zu machen von einer grundlegenden Reform dieser Organisation, die außerdem in kürzester Frist zu vollziehen sei, so ist das längst nicht der erste Stoß, den der Völkerbund hinnehmen muß. Auch wenn man absieht von dem immer unerquicklicher werdenden Verhältnis zwischen Deutschland selbst und der Genfer Organisation, ein Verhältnis, das so oft zu den bittersten Beschwerden und schließlich am 14. Oktober zum Bruch geführt hat, so war es doch vor allem die schon anfangs dieses Jahres erfolgte tatsächliche Unterwerfung des Völkerbundes unter den japanischen Willen, die dem machtlosen Bunde so außerordentlich geschadet hat.

Immer war und ist es beim Völkerbund der Widerspruch zwischen seiner theoretischen Grundlage und der Wirklichkeit, der jeder, auch der wohlwollenden Kritik ständig neuen Stoff gab. „Förderung der Zusammenarbeit unter den Nationen“, „Gewährleistung des internationalen Friedens und der internationalen Sicherheit“, „Erhaltung internationaler Beziehungen, die in aller Öffentlichkeit auf Gerechtigkeit und Ehre gegründet sein sollen“, „Anerkennung aller Vorschriften des internationalen Rechtes als Richtschnur für das tatsächliche Verhalten der Regierungen“, und nun gar das Versprechen, „die Gerechtigkeit herrschen zu lassen“, — das alles steht zwar in der Einleitung zur Völkerbundscharta, aber diese Satzung ist doch nichts anderes, als Artikel 1 bis 26 des Versailler Friedensdiktales! Dort die Illusionen eines Friedens des Rechtes und der Gerechtigkeit, — und hier die Realitäten des Unrechts und der Friedensstörung!

Ein solcher Gegensatz, bei dem natürlich die Wirklichkeit immer die viel stärkere Seite war, mußte sich allmählich zu einer immer größeren Groteske entwickeln, und diese Entwicklung ist in letzter Zeit mit einer fast brutalen Beschleunigung vor sich gegangen. Darum auch verheißt sich die von italienischer Seite gemachte Forderung von selbst, daß eine Reform des Völkerbundes ihn vom Rahmenvertrags des Versailler Vertrages und anderer Nachkriegsverträge freimachen müsse; das aber ist bei diesem Völkerbund seinem ganzen Wesen nach unmöglich, weil er ja gerade das Versailler System erhalten sollte und erhalten hat.

Bei dem Beschluß Deutschlands, aus dem Völkerbund auszutreten, und bei dem Schritt des großen faschistischen Rates, entweder eine schleunige Reform des Völkerbundes zu erzwingen oder ihn gleichfalls zu verlassen, bei der Tatsache ferner, daß auch die beiden großen Weltmächte Amerika und Sowjetrußland — auf seiner Pressekonferenz in Rom hat der russische Außenminister Litwinow auf die Frage, ob sein Land dem Völkerbund beizutreten gedenke, nur spöttisch mit den Achseln gezuckt — der Genfer Organisation gar nicht angehören und Japan ja schon vor Jahresfrist gleichfalls die Mitgliedschaft gekündigt hat, kommt es heute wirklich nicht mehr darauf an, ob hier und da das sogenannte Völkerbundsverfahren durch irgendwelche Maßnahmen reformiert werden könnte oder nicht. Die Zeit für solche Kleinigkeiten und Kleinigkeiten, an denen höchstens noch berufsmäßige Diplomaten oder Völkerbundsprofessoren Interesse haben, ist längst vorbei. Es war recht voreilig, für den Völkerbund in Genf einen neuen Losspielplatz zu errichten! Der englisch-französische Versuch, von der Genfer Institution noch so viel zu retten, wie nur möglich ist, hat die Leitung des italienischen Staates nicht daran gehindert, ein Ultimatum nach Genf zu richten, und zwar in dem Augenblick, da das Wort fallen konnte, „die Rückkehr Rußlands nach Europa sei eine vollendete Tatsache“. Dieses Rußland aber hat die Pariser Vorort-Diktate niemals mituntersignet!

Die Welt ist in Bewegung geraten. Sie hat in den letzten Jahren, in der Zeit schwerer Not und steigender Krise politischer und wirtschaftlicher Art auf eine Hoffnung verzichtet gelernt: daß ihr in dieser Not durch mehr oder minder große Konferenzen, durch Völkerbundtagungen und ähnliche Versammlungen irgendwelches Heil widerfahren und gar Rettung besichert werden könnte. Schon mit dem Viermächtepakt stieß Mussolini mitten hinein in den ständig mehr und mehr versauenden Wesensfern des Völkerbundes, den er mit harten Bezeichnungen zu belegen sich schon seit langem sehr wenig schämt. Mit immer größerer Besorgnis blickte man von London und vor allem von Paris aus auf Rom. Den zweiten Stoß führte dann durch die Abwendung von Genf Adolf Hitler und der deutsche Nationalsozialismus. Auch die Abrüstungskonferenz mußte sich selbst aufgeben dadurch, daß sie die Weiterführung ihrer Arbeit den Beratungen der leitenden Staatsmänner zu überlassen sich genötigt sah. Die Genfer Mauern zerbröckeln!

Nun hat auch der italienische Faschismus die Feder angelegt, um den Schlüsselring unter Genf zu ziehen. Denn Männer und nicht mehr Konferenzen machen die Geschichte. Dr. Br.

Ostpreußen = Eckpfeiler deutscher Kultur

Zwei große Kulturstützpunkte werden in Ostpreußen errichtet.

Auf einer Veranstaltung des Kampfbundes für deutsche Kultur in Berlin teilte Oberpräsident Koch-Königsberg im Rahmen eines Vortrages über „Ostpreußen als Eckpfeiler deutscher Kultur“ mit, daß in Ostpreußen demnächst zwei große kulturelle Stützpunkte errichtet würden. Die Königsberger Universität werde Reichsuniversität und die Marienburg werde eine große nationalsozialistische Erziehungsstätte aufnehmen. Es werde dann in Zukunft kein Akademiker mehr zum Staatsexamen zugelassen werden, der nicht wenigstens ein Semester im deutschen Osten studiert hat.

Zur Unterredung des englischen Botschafters mit dem Reichskanzler.

Eine englische Stimme.

Neuter meldet zu der einstündigen Unterredung, die der britische Botschafter mit dem Reichskanzler über die Abrüstungsfrage hatte, die deutsche Regierung warte jetzt auf einen Schritt der neugebildeten französischen Regierung in der Frage der Verhandlungen, da sie den Standpunkt vertritt, daß die kürzlichen Besprechungen zwischen dem deutschen Reichskanzler und dem französischen Botschafter in Berlin eine Antwort von Seiten der französischen Regierung erforderten.

Abertragung der Reichstagsöffnung auf alle Sender.

Wie Berliner Mäler melden, wird die Eröffnung des am 12. November gewählten Deutschen Reichstages am Dienstag, 12. Dezember, 15 Uhr, auf alle deutsche Sender übertragen.

Was will Italien mit der Reform des Völkerbundes erreichen?

Die italienischen Absichten für eine Reform des Völkerbundes liegen etwa in der Richtung, daß innerhalb des Völkerbundes ein entscheidendes Gremium der verantwortlichen Großmächte geschaffen werden soll. Es handelt sich natürlich in erster Linie um die Unterzeichnermächte des Versailler Paktes, der auf diese Weise im neuen Völkerbundsrahmen ausschlaggebend würde.

Man denkt ferner an die Zuziehung Rußlands, dann aber auch der Vereinigten Staaten und Japans. In dem Schatzung Mussolinis, den er durch die Entschleunigung des Großen faschistischen Rates unternimmt, wird nun also auch die Bedeutung des Litwinow-Besuches klar. Die Reform des Völkerbundes würde sich nach italienischer Ansicht zwar nicht gegen die Interessen der kleinen Staaten richten — die, wie immer wieder betont wurde, durchaus berücksichtigt werden sollen —, aber den unnatürlichen, nur durch Blockbildung zustande gekommenen Einfluß gewisser Balkanstaaten im Völkerbund zurückdrängen. Daß das auf den Widerstand Frankreichs stößt, dessen Vormachtstellung im Völkerbund auf der Ausnützung dieser Lage beruht, ist klar. Aber auch von England wird Widerstand erwartet; dieser dürfte in Form diplomatischen Drucks auf Rom bereits eingeleitet haben. Die italienische Drohung mit dem Völkerbundsaustritt ist zweifellos sehr stark. Sollte, was denkbar ist, eine klare Abgabe auf das italienische Ultimatum aus Genf kommen, so dürfte sie wohl verwirklicht werden.

Die römische Aktion ein Schritt zur wirklichen Befriedung Europas.

Der „Völkische Beobachter“ zum Beschluß des faschistischen Großen Rates.

Im „Völkischen Beobachter“ nimmt Alfred Rosenberg zum Beschluß des faschistischen Großen Rates Stellung. Knapp zwei Monate, so sagt er, seien seit dem Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund verstrichen, und schon erhalte das brüchige Gebäude einen erneuten Stoß, von dem es sich in seiner alten Form niemals mehr erholen können. Er kommt dann vor allem auf die Forderung zu sprechen, daß die ganze Institution in Genf vom Versailler Vertragswerk losgelöst werden soll, und fährt fort: Wenn sich diese Forderung bewahrheiten sollte, so

Zur Rassenfrage.

Reichsinnenminister Dr. Frick über fremde Rassen.

Reichsinnenminister Dr. Frick hat eine Erklärung abgegeben, in der es unter anderem heißt: „Infolge unrichtiger Meldungen ist in Ländern des Fernen Ostens in den letzten Wochen in der Tat eine gewisse Beunruhigung über die Pläne der Reichsregierung in der Rassenfrage entstanden. Insbesondere ist in diesem Zusammenhang in der Presse Japans und Indiens die Befürchtung zum Ausdruck gekommen, daß in Deutschland die Absicht bestehe, die Angehörigen fremder Rassen zu beklaffen und sie gegenüber den Angehörigen der eigenen Rasse allgemein zurückzusetzen. Namens der Reichsregierung kann ich feststellen, daß derartige Nachrichten jeglicher Grundlage entbehren.“

Als fremde Rasse ist in Deutschland am stärksten das Judentum vertreten. Obwohl der zahlenmäßige Anteil der Juden in Deutschland nur 1,5 Prozent beträgt, hatten sie doch in den letzten Jahrzehnten, besonders aber seit 1918, durch den Zustrom von Juden aus dem nahen Osten einen ungeheuren Einfluß auf wirtschaftlichem, finanziellem und politischem Gebiet erlangt. Dieser übermäßigen Überfremdung Einhalt zu tun, war für das deutsche Volk eine Lebensfrage geworden, so daß seine Rassenfrage nur einen Akt der Notwehr und nicht des Hasses darstellte.

Darüber hinaus ist es das Ziel der Reichsregierung, das Rassengut des deutschen Volkes zu pflegen und seine Weiterhaltung sicherzustellen. Mit diesen Bestrebungen will die Reichsregierung in keiner Weise ein Werturteil über andere Rassen fällen. Sie ist sich durchaus bewußt, daß viele vom deutschen Volk rassistisch verschiedene Völker eine alte und hohe Kultur vertreten. Diese herabzusetzen, liegt der Reichsregierung und dem deutschen Volk fern. In diesem Zusammenhang möchte ich vor allem darauf hinweisen, daß Angehörige fremder Staaten in Deutschland nach wie vor ihrem Erwerb nachgeben können und daß ihrer Jugend deutsche Bildungsanstalten nach wie vor offenstehen.

wäre ein entscheidender Schritt zur Befriedung Europas getan worden. Es wäre vor allen Dingen jene Voraussetzung geschaffen, auf die der Führer immer wieder hingewiesen hat: daß es nicht angehe, die Unterscheidung zwischen Siegern und Besiegten für alle Ewigkeiten festzuhalten und dadurch immer wieder neue Erbitterung hervorzurufen.

Wir begrüßen die Entschlossenheit des faschistischen Beschlusses und hoffen, daß er das Seinige beitragen wird zu einer Neugestaltung der politischen Lage und damit zu einer wirklichen Befriedung Europas.

Die letzte Chance des Völkerbundes.

Rom, 6. Dezember. Aus bestunterrichteter Quelle wird uns berichtet, daß zu der vom Großen faschistischen Rat geforderten Reform des Völkerbundes die italienische Regierung keinerlei Vorschläge formuliert hat. Man will in Rom die Wirkung des Beschlusses des Großen faschistischen Rates auf die auswärtigen Regierungen abwarten und ist bereit, über die notwendige Reform des Völkerbundes ohne kleinliche Voreingenommenheit sich zu unterhalten.

In privater Unterhaltung wird uns erklärt, daß man auf zweierlei Widerstand gefaßt sein müsse: der eine wird von den Mächten kommen, die im heutigen Völkerbund allein ausschlaggebend sind: Frankreich und England, der andere von jenen kleinen Staaten, denen Genf eine ihrer Verantwortlichkeit durchaus nicht entsprechende Bedeutung verliehen hat: die kleine Entente. Man hofft in Rom auf die Einsicht der maßgebenden europäischen Faktoren und will, gestärkt durch die gesunde Ansicht großer Nationen wie Deutschland und Rußland, dem Völkerbund ehrlich die letzte Chance geben: Entweder ein bescheidenes, aber brauchbares Werkzeug der Politik zu werden, oder als Heumais jeder ehrlichen Friedenspolitik unterzugehen.

Eine englische Stimme.

London, 6. Dezember. Der Beschluß des faschistischen Großen Rates, in dem Italiens weitere Mitgliedschaft von einer radikalen Reform des Völkerbundes abhängig gemacht wird, erscheint in der englischen Tagespresse in großer Aufmachung. „Mussolinis Ultimatum an den Völkerbund“, heißt die fettgedruckte Überschrift in der Evening News. „Wenn der Völkerbund nicht einige grundlegende Änderungen in seiner Rechtsmaterie und seinen Geschäftsverfahren vornimmt“, so schreibt dieses Blatt, „dann wird Italien dem Schritt Deutschlands und Japans folgen und ebenfalls aus dem Völkerbund austreten.“